



SEPTEMBER 2023



ENTSCHULDUNGSKURIER 2023

Kampagne „Mit Schulden fair verfahren!“ | Warum Klimagerechtigkeit faire Entschuldung braucht | Staateninsolvenzverfahren in Sicht? | 70 Jahre Londoner Schuldenabkommen | erlassjahr.de beim Kirchentag in Nürnberg | Schuldenkrisen fairer und effizienter lösen – per Gesetz | und vieles mehr



IMPRESSUM

Entschuldungskurier 2023

Eine Publikation von erlassjahr.de –
Entwicklung braucht Entschuldung e. V.

Redaktionsschluss: September 2023

Diese Publikation wurde mit finanzieller
Unterstützung der Evangelischen Landes-
kirche in Württemberg realisiert.

Redaktion

Elise Kopper | Mara Liebal, V. i. S. d. P. |
Joana Neumann | Kristina Rehbein |
Malina Stutz

Layout und Satz

Mara Liebal

Titelbilder

oben: *Aktivist*innen von erlassjahr.de bei
einer Protestaktion vor dem Bundestag im
September 2023* | © erlassjahr.de
unten: *Malina Stutz bei einer Veranstaltung
von erlassjahr.de und der Friedrich-
Ebert-Stiftung in Berlin* | © Saskia Uppenkamp

Bestellung und Information

erlassjahr.de – Entwicklung braucht
Entschuldung e. V.

Carl-Mosterts-Platz 1 | 40477 Düsseldorf

Telefon: 0211 4693-196

E-Mail: buero@erlassjahr.de

Internet: www.erlassjahr.de



Bankverbindung

erlassjahr.de e. V.

Bank für Sozialwirtschaft in Köln

BIC: BFSWDE33XXX

IBAN: DE19 3702 0500 0008 2477 00

INHALT

SCHWERPUNKT KAMPAGNE

Mit Schulden fair verfahren!	4
Ohne Schuldenerlasse sind die Ziele für nachhaltige Entwicklung nicht zu erreichen	
Ein Schuldenberg, ein Trauermarsch und eine erfolgreiche Resolution	6
erlassjahr.de beim Kirchentag in Nürnberg	
Nachhaltige Entschuldung ist möglich!	8
70 Jahre Londoner Schuldenabkommen	

SCHWERPUNKT SCHULDENKRISE

Staateninsolvenzverfahren in Sicht?	9
Historische Versuche und aktuelle Perspektiven	
Warum Klimagerechtigkeit faire Entschuldung braucht	12
Ein Appell von Tess Woolfenden, <i>Debt Justice UK</i>	
Schuldenkrisen fairer und effizienter lösen – per Gesetz	14
Warum auch Deutschland ein solches Gesetz braucht	
Public finance first!	16
Netzwerktreffen in Brüssel	
Sri Lankas Schulden sind unser aller Bier!	17
Master-Studierende gestalten Bierdeckel	

AUS BÜRO UND BÜNDNIS

erlassjahr.de startet rassismuskritischen Organisationsentwicklungsprozess	19
Wir begrüßen im Bündnis:	21
Martin-Luther-Kirche Erlangen	
Unser Team in Düsseldorf	22
Niemals geht man so ganz ...	

erlassjahr.de wird institutionell gefördert von



und mehr als 500 weiteren Mitträgerorganisationen.



Liebe Mitträger, Freund*innen und Interessierte,

der „Schuldenreport 2023“ von erlassjahr.de und Misereor verdeutlicht eindrucksvoll: Die weltweite Schuldenkrise hält unvermindert an, und die Unterstützung für die Wirtschaft und die Sozialsektoren überschuldeter Länder bleibt unzureichend. Die Auswirkungen der Pandemie, des Kriegs in der Ukraine und der Zinswende setzen sowohl Niedrigeinkommensländer als auch zunehmend Mittlereinkommensländer einem immer stärkeren finanziellen Druck aus.

Obgleich Weltbank, IWF, UN, G7 und G20, ja selbst unser deutsches Finanzministerium die Lage erkannt haben, bleiben mutige und entschlossene Schritte bisher aus. Die Ampel-Regierung hat ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag, sich für die Schaffung eines Staateninsolvenzverfahrens einzusetzen, bislang nicht eingelöst.

erlassjahr.de wird die Koalition jedoch nicht so einfach aus ihrem Versprechen entlassen. Mit der Kampagne „Mit Schulden fair verfahren! Koalitionsvertrag umsetzen. Staateninsolvenzverfahren schaffen.“ wollen wir die Verantwortlichen zum Handeln bewegen: Öffentliche Aktionen wie der symbolische Schuldenberg am 18. September vor dem Bundestag in Berlin, während Kanzler Scholz zeitgleich in New York am Halbzeit-Gipfel der UN-Nachhaltigkeitsziele teilnahm, unterstreichen unseren Appell.

Der Entschuldungskurier gewährt lebendige Einblicke in die Entschuldungsarbeit 2023. Vielen Dank an die Autor*innen für ihre tollen Beiträge.

Und noch ein Wort zu den Menschen hinter unserem Bündnis: Milliarden von Menschen leiden darunter, wie die Schuldenkrise ihre Gesundheit, Bildung, Einkommen, das Klima und die Politik beeinflusst. Dies anschaulich zu machen, ist kommunikative Schwerstarbeit. Wir können uns als Bündnis gar nicht glücklich genug schätzen, ein so professionelles Team im Düsseldorfer erlassjahr.de-Büro am Start zu haben. Das Fachwissen der Team-Mitglieder und ihre Kompetenz zu allen Aspekten der politischen Ökonomie der Schulden und der internationalen Finanzstrukturen, ihr Feingefühl für komplexe Kommunikationsaufgaben, mediale Vermittlung und Kampagnenarbeit und nicht zuletzt ihre Fähigkeiten zu Mobilisierung von Unterstützung für diese wichtige Arbeit sind phänomenal. Als Bündnisrat und Lenkungskreis zollen wir ihnen Respekt und danken ihnen für ihr großartiges Engagement.

Peter Lanzet

Vertreter von SÜDWIND e. V., Bonn, im Lenkungskreis und Bündnisrat von erlassjahr.de

PS: Wer die haupt- und ehrenamtlich Aktiven in unserem Bündnis persönlich kennenlernen will, sei hiermit herzlich eingeladen: zur Jahrestagung „Schulden streichen – Klima retten“ vom 3.-4. November in Dortmund. Mehr dazu auf der Rückseite dieses Kuriers.

Foto: Peter Lanzet | © privat

Mit Schulden fair verfahren!

Ohne Schuldenerlasse sind die Ziele für nachhaltige Entwicklung nicht zu erreichen

Hunger und Armut beenden! Lebensgrundlagen bewahren! Gesundheit und Bildung für alle! – Das sind Ziele für nachhaltige Entwicklung, die die internationale Gemeinschaft bis zum Jahr 2030 erreichen will. Allerdings: Ohne umfassende Schuldenerlasse geht das nicht.

Die Mehrheit der Staaten im Globalen Süden ist kritisch verschuldet, knapp ein Viertel sogar sehr kritisch. Diese Länder müssen oft hohe Summen in die Schuldentrückzahlung stecken. Geld für Investitionen in soziale Bereiche wie Gesundheit, Bildung und Armutsbekämpfung, in Infrastruktur oder Maßnahmen zur Bewältigung des Klimawandels fehlt. Ob in Sambia, El Salvador oder Sri Lanka: Unter der hohen Schuldenlast leiden arme Menschen und verwundbare Gruppen wie Frauen und Kinder ganz besonders.

Um die Schuldenkrise zu überwinden, müssen überschuldete Staaten die

Chance bekommen, unter fairen und transparenten Bedingungen über ihre Schulden zu verhandeln. Doch trotz Forderungen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik gibt es ein solches Verfahren bislang nicht. Aktuell entscheiden allein die Gläubiger, ob und in welcher Höhe Schulden erlassen werden. Meist fallen Schuldenerleichterungen deshalb zu gering aus.

Es muss etwas getan werden!

Die deutsche Bundesregierung hat dieses Problem erkannt. Sie will die Schaffung eines Insolvenzverfahrens

für Staaten unterstützen. Das Ziel: besonders gefährdeten Ländern rasche und umfassende Schuldenerleichterungen ermöglichen. In ihrem Koalitionsvertrag haben die drei Regierungsparteien dieses Ziel für die Wahlperiode bis September 2025 festgehalten. Nun ist es unsere Aufgabe, sie an dieses Versprechen zu erinnern!

Deshalb fordert erlassjahr.de: Der Koalitionsvertrag muss umgesetzt, ein faires und transparentes Staateninsolvenzverfahren muss geschaffen werden!

Seid dabei!

Macht mit **SCHULDENSACK**, **WELTSCHULDENKARTE**, **AKTIONSPOSTKARTEN** und **SAMMELBOX** an einem öffentlichen Ort auf die **POSTKARTEN-AKTION** aufmerksam – zum Beispiel im Weltladen oder in der Kirchengemeinde.



Konkret bedeutet das:

- » Länder erhalten ausreichend hohe Schuldenerlasse, die die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung ermöglichen.
- » Über die Notwendigkeit und die Höhe von Schuldenerleichterungen entscheidet zeitnah eine unabhängige Instanz, die selbst weder Schuldner noch Gläubiger ist.
- » Alle Gläubiger werden verpflichtet, sich an notwendigen Schuldenerlassen zu beteiligen.

Natürlich kann Deutschland das nicht allein erreichen. Aber als wirtschaftliches und politisches Schwergewicht wird seine Stimme in mächtigen internationalen Institutionen und Gremien gehört.

Wir fordern die Bundesregierung auf, konkrete Schritte zu gehen, um den Worten im Koalitionsvertrag Taten folgen zu lassen!



Während sich die Staatsoberhäupter am 18. September zum Halbzeitgipfel der Agenda 2030 in New York trafen, haben wir mit unserem Schuldenberg direkt vor dem Bundestag gezeigt: Ohne umfassende Schuldenerlasse sind die Ziele für nachhaltige Entwicklung nicht zu erreichen! Zusammen mit 58 Organisationen forderten wir in einem Offenen Brief an Kanzler Olaf Scholz: „Halbzeit ist höchste Zeit! Handeln Sie jetzt für eine faire Lösung der globalen Schuldenkrise!“



Unsere Forderungsliste

Anhand unserer Forderungsliste lässt sich messen, wie glaubhaft und zielführend die Bemühungen der Bundesregierung sind. Die Forderungsliste nennt in dieser Legislaturperiode realisierbare politische Reformen – hin zu einem Verfahren, das nicht nur die Rechte der Gläubiger, sondern auch die der Schuldner angemessen berücksichtigt.

FORDERUNG 1

Ausreichend **umfassende Schuldenerlasse** für eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung ermöglichen.

FORDERUNG 2

Alle Gläubiger verpflichtet, sich an Schuldenerlassen zu beteiligen.

FORDERUNG 3

Transparenz als Gläubigerprinzip verbindlich durchsetzen.

FORDERUNG 4

Klimagerechtigkeit und faire Entschuldung zusammen denken.

FORDERUNG 5

Ein **Staateninsolvenzverfahren** auf die internationale Agenda setzen und die Rolle der Vereinten Nationen stärken.

Die gesamte Liste gibt es hier: erlassjahr.de/forderungsliste





Aktivist*innen vor dem Schuldenberg am Stand von erlassjahr.de beim Kirchentag in Nürnberg. | © erlassjahr.de

Ein Schuldenberg, ein Trauermarsch und eine erfolgreiche Resolution

erlassjahr.de beim Kirchentag in Nürnberg

Gut zu finden ist er auf jeden Fall: Mit seinen vier Metern ragt der Schuldenberg über die anderen Messestände in Halle 1 hinweg. Drei Tage lang informieren die Mitarbeiter*innen der Düsseldorfer Geschäftsstelle zusammen mit engagierten Ehrenamtlichen aus dem Bündnis beim Kirchentag im Juni in Nürnberg über die neue Kampagne „Mit Schulden fair verfahren!“.

Schuldenberg begräbt Entwicklungsziele

Dass die Nachhaltigen Entwicklungsziele ohne Schuldenerlasse nicht zu erreichen sind, macht der Berg eindrücklich deutlich. Passend zum Motto des diesjährigen Kirchentags „Jetzt ist die Zeit!“ teilen zahlreiche Menschen auf dem Markt der Möglichkeiten die Ansicht, dass es nun Zeit für die Bundesregierung sei, konkrete Schritte hin zu einer fairen Bewältigung der Schuldenkrise zu gehen. Besucher*innen jeden Alters, aus ganz Deutschland und darüber

hinaus, unterzeichnen die Aktionspostkarte. Joachim Fuhrmanek, der am Stand unterstützt, berichtet im Nachgang: „Mich begleiten immer noch die vielen positiven Gespräche mit den Menschen und auch mit den anderen Aktiven am erlassjahr.de-Stand“. Fuhrmanek ist Mitglied der Martin-Luther-Gemeinde in Erlangen, die seit Anfang des Jahres Mitträger bei erlassjahr.de ist.

Auch die große Karte, die die Verschuldungssituation der Länder des Globalen Südens darstellt, erregt viel Interesse. Immer wieder ergeben sich spannende, kritische und ermutigende Gespräche. Und auch das eine oder andere

prominente Gesicht lässt sich blicken: Dr. Georg Bätzing, Bischof von Limburg und Vorsitzender der deutschen Bischofskonferenz, posiert vor dem Schuldenberg. Ebenso Pirmin Spiegel, Vorsitzender von Misereor, und die ehemalige Präsidentin von Brot für die Welt, Cornelia Füllkrug-Weitzel. Auch viele weitere Menschen fotografieren sich vor dem Schuldenberg und posten ihre Bilder in den Sozialen

Dr. Georg Bätzing, Bischof von Limburg und Vorsitzender der deutschen Bischofskonferenz, mit Aktiven von erlassjahr.de vor dem Schuldenberg. | © erlassjahr.de





Links: Die Ziele für nachhaltige Entwicklung werden zu Grabe getragen. Rechts: Kristina Rehbein verliest die Resolution zu Schulden und Klima. | Fotos: © erlassjahr.de

Medien unter den Hashtags #MitSchuldenFairVerfahren und #stattSchuldendienst.

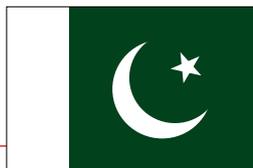
Trauermarsch: Agenda 2030 zu Grabe getragen

Jeden Nachmittag gibt es zudem eine besondere Aktion am Schuldenberg: Eine Gruppe von erlassjahr.de-Aktiven trägt die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 zu Grabe.

Die Mienen sind düster, die Kleidung ist schwarz. Zu tief stecken die Staaten im Globalen Süden schon in der Schuldenkrise, zu verzweifelt ist die Lage. Petra Aschoff vom erlassjahr.de-Mitträger Koordinierungskreis Mosambik verliest die Trauerrede. Doch plötzlich wird sie von einem lauten Ruf unterbrochen: „Stopp! Das können und das wollen wir nicht länger hinnehmen!“. Die Aktivist*innen reißen sich aus ihrer Trauerstimmung und skandieren: „Menschen-

rechte – statt Schuldendienst! Hunger beenden – statt Schuldendienst! Klima retten – statt Schuldendienst!“. Eine Lösung kann und muss möglich sein!

Am Samstag stellen Malina Stutz und Mara Liebal aus dem erlassjahr.de-Team auf der Aktionsbühne in Halle 1 die aktuelle Kampagne „Mit Schulden fair verfahren!“ vor und laden zur Unterstützung an den Stand ein. Zahlreiche Menschen folgen dem Aufruf. Auch viele Mitträgerorganisationen kommen zum Stand und informieren sich über die Forderungen und Mitmachmöglichkeiten der Kampagne (siehe Seite 4).



+++ Pakistan +++

Pakistans Schuldenindikatoren verschlechterten sich über die letzten Jahre hinweg stetig. Als die Regierung im Juni 2023 den neuen Haushaltsplan verkündete, gab sie bekannt, dramatische 55 Prozent der Staatsausgaben für den laufenden Schuldendienst zu veranschlagen – dem gegenüber stehen nur 0,18 Prozent für die Gesundheitsversorgung. Das Haushaltsdefizit wurde auf 6,5 Prozent veranschlagt. Daraufhin kündigte der Internationale Währungsfond (IWF) an, die letzte Tranche seines Kreditprogramms auf Grund der „mangelnden Haushaltsdisziplin“ Pakistans nicht auszuzahlen. Ohne eine weitere Finanzspritze wären Zahlungseinstellungen an Gläubiger jedoch schwer zu verhindern gewesen. Nach zähen Verhandlungen verabschiedete der IWF im Juli ein neues Kreditprogramm für Pakistan. Die Staatspleite wurde dadurch kurzfristig abgewehrt. Pakistans strukturelles Schuldenproblem und die damit einhergehende Unterfinanzierung des Sozialsystems aber bleiben bestehen.

Resolution zu Schulden und Klima verabschiedet

Einen großen Erfolg gibt es auch auf der Kirchentagsbühne: Die Resolution „Insolvenzverfahren für überschuldete Länder des Südens: Koalitionsvertrag umsetzen“ wird von den mehr als 700 Teilnehmenden beim Podium „Klimakrise begrenzen“ mit überwältigender Mehrheit verabschiedet.

Unser herzlicher Dank gilt den tatkräftigen Helfer*innen beim Auf- und Abbau, den Aktiven beim Standdienst und allen, die beim Kirchentag in Nürnberg die Forderung nach fairer Entschuldung unterstützt haben – in zwei Jahren in Hannover sind wir hoffentlich wieder dabei!



Aktion des Frankfurter „KoalaKollektivs“ zum Jubiläum des Londoner Schuldenabkommen. | © KoalaKollektiv / CC BY-NC-ND 2.0

Nachhaltige Entschuldung ist möglich!

70 Jahre Londoner Schuldenabkommen

Am 27. Februar 1953 erhielt die Bundesrepublik Deutschland von ihren Gläubigern einen umfassenden Schuldenerlass. Das nach dem Ort der Unterzeichnung benannte „Londoner Schuldenabkommen“ markierte einen Wendepunkt in der Geschichte der damals noch jungen Bundesrepublik: Ein erheblicher Teil der Staatsschulden wurde erlassen, der Rest zu günstigen Konditionen umgeschuldet. So wurde dem bezwungenen Aggressor nur wenige Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges ein wirtschaftlicher Neuanfang ermöglicht.

erlassjahr.de und viele weitere zivilgesellschaftliche Gruppen in Deutschland und weltweit nutzten den 70. Jahrestag dieses in seiner quantitativen wie qualitativen Dimension historisch einzigartigen Ereignisses, um auf die ungelöste Schuldenkrise im Globalen Süden aufmerksam zu machen.

In einer Pressemitteilung forderte erlassjahr.de die Bundesregierung auf, aus der Geschichte zu lernen und endlich effektive Verfahren zum Umgang mit Staatsschuldenkrisen zu etablieren. Mitarbeiter*innen von erlassjahr.de referierten parallel bei gleich zwei Veranstaltungen: Jürgen Kaiser im Rahmen einer Kooperationsveranstaltung mit der Evangelischen Akademie Bad Boll und an der Seite des renommierten ecuadoria-

nischen Ökonomen Alberto Acosta, Kristina Rehbein bei einer Veranstaltung der britischen Entschuldungsinitiative *Debt Justice UK*. Die Frankfurter Rundschau brachte einen Meinungsbeitrag von erlassjahr.de, 3sat und Radio Corax führten ausführliche Interviews.

Und auch andere engagierte Organisationen setzten klare Zeichen für Schuldenerlasse: Aktivist*innen des Frankfurter „KoalaKollektivs“ forderten mit einer beeindruckenden Videoinstallation an der Fassade der Bundesbank in Frankfurt im Namen der Klimagerechtigkeit Schuldenerlasse für den Globalen Süden. Die Bewegung „Debt for Climate“ blockierte den Eingang des Bundesfinanzministeriums in Berlin und forderte Finanzminister Christian Lindner zum Gespräch auf. Die sozialen

Medien wurden zu einem lebendigen Forum für diese wichtige Debatte.

Das Londoner Schuldenabkommen von 1953 erinnert uns heute daran, dass wirksame Entschuldungsmaßnahmen möglich sind – wenn nur der politische Wille da ist. Staaten, die damals der Bundesrepublik Deutschland Schulden erließen, stecken heute selbst tief in der Schuldenkrise – darunter das von Unruhen und Armut geschüttelte Sri Lanka. Es ist an der Zeit, dass die Bundesregierung sich der eigenen Geschichte bewusst wird und sich glaubhaft für faire Entschuldungsverfahren einsetzt.

Staateninsolvenzverfahren in Sicht?

Historische Versuche und aktuelle Perspektiven

Im November 2021 feierte erlassjahr.de einen Erfolg: Im Koalitionsvertrag einigte sich die Ampelregierung darauf, ein „kodifiziertes Staateninsolvenzverfahren“ zu unterstützen. Dem gingen entsprechende Verpflichtungen in den Wahlprogrammen aller drei Regierungsparteien voraus – was es so vorher noch nicht gegeben hatte. Mit Briefen an Wahlkreiskandidat*innen und einer Poster-Fotoaktion hatten zahlreiche Aktive sich vor den Wahlen im Rahmen einer erlassjahr.de-Kampagne dafür eingesetzt, dass die Parteien ihr Versprechen auch umsetzen.

Die Schaffung eines umfassenden, nach rechtsstaatlichen Prinzipien gestalteten Insolvenzverfahrens ist angesichts grassierender Schuldenkrisen, steigender Armut und unzureichender Entschuldung in Ländern auf der ganzen Welt dringender denn je. Ideen und politische Initiativen dafür hatte es in der Vergangenheit schon oft gegeben – jedoch blieben alle erfolglos. Woran sind sie gescheitert? Und wie stehen die Chancen, einem Staateninsolvenzverfahren bis 2025 tatsächlich näher zu kommen?

Von Montevideo bis New York

Ein im Detail einheitliches Konzept dazu, wie ein Staateninsolvenzverfahren für kritisch verschuldete Staaten auszusehen hat, gibt es nicht. „Staateninsolvenzverfahren“ ist ein Sammelbegriff für Vorschläge zu

Verfahren mit aufwendiger internationaler Bürokratie bis hin zu flexiblen und informellen Strukturen. Gemein ist jedoch allen, dass es sich dabei um Verfahren handeln soll, die nach rechtsstaatlichen Prinzipien funktionieren und die die rechtliche Lücke in der globalen Finanzarchitektur beim Umgang mit überschuldeten Staaten schließen sollen.

Der erste Versuch, ein solches Verfahren zu schaffen, wurde 1933 bei der VII. Panamerikanischen Konferenz in Montevideo unternommen. Mexiko brachte dort den Vorschlag ein, dass öffentliche internationale Organisationen sich um Verhandlungen zwischen Schuldner und Gläubigern kümmern und Vereinbarungen für Schuldenrestrukturierungen aushandeln sollten. Der Vorschlag fand letztlich jedoch keine Unterstützung

auf der Konferenz. 1977 hatte die G77, also die Gruppe der sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländer in den Vereinten Nationen, einen Vorschlag der UN für die Einrichtung einer „Schuldenkommission“ aufgegriffen und sich dafür stark gemacht. Auch diese Initiative blieb erfolglos. 2002 kam ein Vorschlag nicht von den Schuldnerländern, sondern von einer von Ländern des Globalen Nordens dominierten Institution, nämlich vom Internationalen Währungsfonds (IWF). Doch der Vorschlag für einen *Sovereign Debt Restructuring Mechanism* (SDRM) wurde im Oktober 2003 auf Geheiß der US-Regierung unter George W. Bush zu den Akten gelegt. Zuletzt gab es 2014 – erneut auf Initiative der G77 – in der UN-Vollversammlung einen einjährigen zwischenstaatlichen Prozess zur Schaffung eines rechtlichen Rahmenwerks auf multilateraler Ebene. Doch obwohl die Resolution zur Schaffung eines Staateninsolvenzverfahrens im September 2014 mit großer Mehrheit in der UN-Vollversammlung angenommen worden war, kam der Prozess zu keinem zielführenden Ergebnis: Er wurde von reichen Gläubigerländern systematisch boykottiert.

Seit den 1980er Jahren erarbeiteten auch vermehrt Vertreter*innen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft Vorschläge und brachten diese in die Debatte ein. Internationale Konferenzen, wie etwa die globale Entwicklungsfinanzierungskonferenz 2003 in Monterrey, oder Expert*innenkommissionen, wie die „Stiglitz-Kommission“ zur globalen Finanzkrise 2009, bekräftigten immer wieder die Notwendigkeit eines Staateninsolvenzverfahrens.



2014 gab es Hoffnung für ein Staateninsolvenzverfahren bei den Vereinten Nationen. Doch obwohl die Mehrheit der Staaten der Resolution zustimmte, blieb auch dieser Vorstoß ohne Ergebnis. | © Shutterstock.com / Drop of Light

Und auch auf deutscher Ebene wuchs das Problembewusstsein: Bereits 2002 und 2009 tauchte das Staateninsolvenzverfahren in den Koalitionsverträgen auf – ohne dass es letztlich jedoch zu konkreten Initiativen durch die jeweilige Bundesregierung kam.

So viele Versuche – und doch kein Staateninsolvenzverfahren?

Die Geschichte zeigt: Sowohl Schuldner- als auch Gläubigerseite haben immer wieder die Notwendigkeit zur Schaffung eines Staateninsolvenzverfahrens erkannt und Schritte in diese Richtung unternommen. Dass es letztlich nie geschaffen wurde, hat weniger konzeptionelle als vielmehr politische Gründe.

Die Regierungen von Schuldnerländern unterstützen finanzpolitische Reformen, die zur Stabilisierung ihrer Volkswirtschaften beitragen, – auch wenn das verwundern mag – nicht zwangsläufig: Die Sorge vor der Reaktion privater Kapitalgeber führt dazu, dass Länder entgegen ihrer langfristigen Interessen votieren. Das war auch 1933 in Montevideo der Fall: Der Vorschlag Mexikos wurde nicht aufgegriffen, weil die anderen Länder Angst hatten, dass die Unterstützung für einen solchen Vorschlag Zweifel an ihrer Kreditwürdigkeit schüren und sich ihr Zugang zu Finanzierungen dadurch erschweren würde.

Gläubigerregierungen hingegen haben zunächst einmal wenig Interesse an einem Machtverlust. 2014 begründeten die boykottierenden Industriestaaten ihre Blockade des Prozesses in der UN-Vollversammlung mit dem Argument, die Vereinten Nationen seien nicht der richtige Ort, um über Verfahrensreformen im internationalen Schuldenmanagement zu diskutieren. Das richtige Gremium dafür sei der IWF – wo sie die Mehrheit der Stimmrechte halten. Auch die Angst vor mehr Staatspleiten und davor, in diesen Fällen höhere Verluste hinnehmen zu müssen, wird angeführt. Aus diesem Grund hatten etwa Banken und Anleger 2002 heftig gegen den

IWF-Vorschlag mobilisiert – und am Ende sogar Schuldnerstaaten auf ihre Seite gezogen.

Wie aussichtsreich ein politischer Prozess zu Schaffung eines Staateninsolvenzverfahrens ist, hängt immer auch von der aktuellen Schuldenkonjunktur ab: Verfahren zur Lösung von Schuldenkrisen im Globalen Süden waren nach dem SDRM-Vorschlag des IWF im Jahr 2002 kein Thema mehr für gläubigerdominierte Gremien wie die G7 oder Institutionen wie IWF und Weltbank. Der umfassende Schuldenerlass Ende der 1990er Jahre für die ärmsten hoch verschuldeten

Staaten und die gute globale Konjunktur Anfang bis Mitte der 2000er Jahre hatten den Eindruck erweckt, dass Schuldenkrisen kein Problem mehr darstellten. Veränderungen des globalen Schuldenmanagements wurden in solchen Zeiten stets als unnötig abgetan. Steht das Thema – wie aktuell aufgrund der dramatischen wirtschaftlichen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie – dann doch wieder hoch auf der politischen Agenda, wird argumentiert, dass weitreichende Reformen zu viel Zeit benötigten und jetzt rasche Antworten auf die Krise angezeigt seien – ein Teufelskreis.



Auf der Suche nach dem Konsens: Tagung zum Staateninsolvenzverfahren

Am 24. November 2022, genau ein Jahr nach Veröffentlichung des Koalitionsvertrags, diskutierten auf Einladung von erlassjahr.de und der Friedrich-Ebert-Stiftung rund 100 Expert*innen aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft, von internationalen Finanzinstitutionen sowie Ministerien und Parlamenten aus Deutschland und anderen Ländern die Frage, wie der Auftrag im Koalitionsvertrag für die Schaffung eines Staateninsolvenzverfahrens zu interpretieren sei. Die Idee: Pragmatische Anregungen für eine faire und effektive Entschuldungsarchitektur erkunden und Koalitionen zur Umsetzung derselben bilden. Daraus entstanden verschiedene Ideen für Handlungsschritte für die restliche Legislaturperiode: von der Verabschiedung nationaler Gesetze zur Verbesserung der Beteiligung von privaten Gläubigern über die Schaffung einer unabhängigen Institution, die Schuldnerländer bei Umschuldungsverhandlungen unterstützt, bis hin zu unabhängigen Schuldentragfähigkeitsanalysen.

Den Bericht zur Tagung gibt es hier: erlassjahr.de/bericht-tagung-2022-11-24

Es muss nicht der große Wurf sein

Und was bedeutet vor diesem Hintergrund der Auftrag im aktuellen Koalitionsvertrag? Diesen zu erfüllen, muss nicht zwangsläufig bedeuten, den ganz großen Wurf zu wagen und – wie 2014 – das Staateninsolvenzverfahren direkt auf Ebene der UN-Generalversammlung zu diskutieren. Das gilt gerade in Zeiten wie diesen, in denen die vielen Krisen und geopolitischen Spannungen solche weitreichenden Entscheidungen zu blockieren drohen. Doch auch einzelne Elemente eines Staateninsolvenzverfahrens umzusetzen und kleinere Schritte hin zu mehr Rechtsstaatlichkeit bei Umschuldungsverhandlungen auf den Weg zu bringen, kann schon ein entscheidender Fortschritt sein. Im Rahmen der Kampagne „Mit Schulden fair verfahren!“ schlägt erlassjahr.de deshalb konkrete, kleinteilige Schritte vor, die die Bundesregierung noch in dieser Legislaturperiode gehen kann (siehe Seite 5) – und die realisiert werden können, ohne das große Ziel aus den Augen zu verlieren.



+++ Ghana +++

Lange galt Ghana als eine der aufstrebenden politischen und wirtschaftlichen Kräfte Westafrikas. Die politische Stabilität basierte jedoch auf hohen öffentlichen Ausgaben, wodurch die Schuldenlast des Mitteleinkommenslandes enorm anstieg. Infolge der Coronapandemie stieg die öffentliche Verschuldung dann noch mehr an: auf das Fünffache der Staatseinnahmen. Die weitere Verschärfung der weltwirtschaftlichen Lage durch den Krieg gegen die Ukraine führte dazu, dass Ghana Ende letzten Jahres seine Zahlungen an ausländische Gläubiger einstellen musste. Der Internationale Währungsfonds (IWF) gewährte Ghana im Mai einen sogenannten „Rettungskredit“ im Umfang von 3 Milliarden US-Dollar. Voraussetzung dafür war die Aufnahme von Umschuldungsverhandlungen. Daher beantragte die ghanaische Regierung Umschuldungsverhandlungen unter dem *Common Framework*, dem Rahmenwerk der G20 für Schuldenrestrukturierungen. Der IWF geht davon aus, dass ein Schuldenerlass in Höhe von mindestens 10,5 Milliarden US-Dollar notwendig sein wird, um das Land wirtschaftlich zu stabilisieren.

Posterausstellung erweitert

Wie genau ein Staateninsolvenzverfahren eigentlich aussehen kann, ist Thema eines Ergänzungsplakats der **POSTERAUSSTELLUNG „ENTWICKLUNG BRAUCHT ENTSCULDUNG“**. Die Poster in DIN A1 und A2 könnt ihr auf erlassjahr.de/mitmachoption/posterausstellung bestellen.

Die Ausstellung wird außerdem um eine **DIGITALE AUSSTELLUNGSFÜHRUNG** ergänzt. Mit Quizfragen und kleinen Recherche-Aufgaben lädt diese zur intensiven Auseinandersetzung mit den Plakaten ein. Zum Mitmachen müsst ihr zunächst die App „ActionBound“, die sowohl für Android als auch für iOS verfügbar ist, herunterladen. Danach scannt ihr einfach den QR-Code und los geht's. Auch die Anleitung und den QR-Code zum Ausdrucken und Aushängen findet ihr auf erlassjahr.de/mitmachoption/posterausstellung.



← Link zur digitalen Ausstellungsführung



Bei der 27. UN-Klimakonferenz fordern Aktivist*innen Schuldenstreichungen im Namen der Klimagerechtigkeit. | © Debt Justice

Warum Klimagerechtigkeit faire Entschuldung braucht

Ein Appell von Tess Woolfenden, *Debt Justice UK*

Viele der 54 Länder, die sich derzeit in einer Schuldenkrise befinden, sind auch von der Klimakrise stark betroffen. Das ist kein Zufall. Die Überschneidung von unbewältigten Schuldenkrisen und nicht bereitgestellter Klimafinanzierung hält Länder in einer Schulden-Klima-Falle gefangen, aus der es kein Entkommen gibt. Aber was bedeutet das ganz konkret für die betroffenen Länder des Globalen Südens?

Die Schuldendienstzahlungen des Globalen Südens haben den höchsten Stand seit 25 Jahren erreicht. Diese Schuldenlast entzieht den Ländern Milliarden von Dollar, die eigentlich dringend für gesellschaftliche Bedürfnisse wie Gesundheit und Bildung und natürlich für den Kampf gegen die Klimakrise benötigt werden. Länder mit niedrigem Einkommen geben fünfmal mehr für die Rückzahlung von Schulden aus als für die Bewältigung der Auswirkungen der Klimakrise.

Ausbeutung fossiler Brennstoffe zur Schuldentilgung

Um ihre Schulden zurückzahlen zu können, greifen viele Länder des Globalen Südens wie Ecuador, Argentinien, Uganda und Mosambik auf ihre natürlichen Ressourcen –

einschließlich fossiler Brennstoffe – als Einkommensquelle zurück. Vom Norden dominierte Institutionen wie der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank ermutigen sie über ihre Programme und Kreditverträge sogar noch dazu, um wirtschaftliches Wachstum zu erzielen. Und das ungeachtet der Schäden für das Klima, die Umwelt und die Menschen.

Zu den verheerenden Folgen für die Menschen und den Planeten kommt hinzu, dass die erwarteten Einnahmen dieser Projekte oft gar nicht die Erwartungen erfüllen. Das bedeutet, dass die Länder noch mehr Schulden machen müssen.

Reiche Verursacherländer weigern sich, zu zahlen

Es ist allgemein bekannt, dass die

Länder des Globalen Nordens in unverhältnismäßig hohem Maße für die Entstehung der Klimakrise verantwortlich sind. Die Ursprünge der Klimakrise liegen in der industriellen Revolution, die durch die Ausplünderung und Ausbeutung des Reichtums, der Ressourcen und der Arbeitskraft des Globalen Südens während des Kolonialismus ermöglicht wurde.

Jetzt sind es die Länder und Gemeinschaften des Globalen Südens, die die schlimmsten Auswirkungen der Klimakrise zu spüren bekommen: von Extremereignissen wie tropischen

» Länder mit niedrigem Einkommen geben fünfmal mehr für die Rückzahlung von Schulden aus als für die Bewältigung der Auswirkungen der Klimakrise. «

Stürmen und Dürren bis hin zum Anstieg des Meeresspiegels und den steigenden Temperaturen.

Trotzdem weigern sich die Länder des Globalen Nordens, für die von ihnen verursachten Schäden und Zerstörungen aufzukommen – sie erkennen ihre „Klimaschuld“ einfach nicht an. Die Länder des Globalen Südens sind damit gezwungen, die Kosten der Klimakrise selbst zu tragen, indem sie immer weitere Schulden aufnehmen.

Ein Beispiel dafür ist Pakistan: Im Jahr 2022 wurde Pakistan von verheerenden Überschwemmungen heimgesucht, die durch die Klimakrise verursacht wurden. 8 Millionen Menschen wurden vertrieben, insgesamt waren 33 Millionen Menschen betroffen. Der finanzielle Schaden wird auf mindestens 40 Milliarden US-Dollar geschätzt. Doch die Regierungen und Institutionen des Globalen Nordens haben bisher nur 10 Milliarden US-Dollar zur Unterstützung Pakistans bereitgestellt. Gleichzeitig wird erwartet, dass das Land allein in diesem Jahr 18 Milliarden Dollar für die Rückzahlung von Schulden ausgeben wird – das entspricht 40 Prozent der Staatseinnahmen.

Fast alle Finanzmittel, die Pakistan zur Bewältigung der jüngsten Überschwemmungen erhält, werden in Form von Darlehen und nicht als Zuschüsse bereitgestellt. Das bedeutet, dass die pakistanische Bevölkerung für die durch die Überschwemmungen verursachte Zerstörung aufkommen und dafür Zinsen zahlen muss. Und das passiert weltweit: Denn tatsächlich werden derzeit 71 Prozent aller offiziellen Klimafinanzierungen in Form von Krediten gewährt, nur 26 Prozent als Zuschüsse.

Forderungen nach Klimareparationen

Angesichts der überproportionalen Rolle, die Regierungen, Institutionen und Unternehmen des Globalen Nordens bei der Verursachung der Klimakrise spielen, fordern viele Gruppen auf der ganzen Welt Wieder-

gutmachung für den Globalen Süden. Auch wenn die Definitionen dieser „Reparationen“ variieren, so zielen sie doch weitgehend auf folgende Ziele ab: Zum einen sollen sie dazu beitragen, die bereits existierenden Schäden, die durch die jahrhundertelange Unterdrückung des Globalen Südens entstanden sind, wiedergutzumachen. Und zum anderen sollen sie sicherstellen, dass diese Schäden sich nicht wiederholen: Allen Formen der Unterdrückung soll ein Ende gesetzt werden und stattdessen sollen gemeinsam gerechte und faire Gesellschaften im Einklang mit dem Planeten aufgebaut werden.

Aus Sicht der Entschuldungsbewegung muss die Wiedergutmachung auch einen Schuldenerlass beinhalten, damit die Länder über die nötigen Mittel verfügen, um auf die Klimakrise zu reagieren. Reiche Verursacherländer müssen ihre Klimaschulden durch eine angemessene, auf Zuschüssen basierende Klimafinanzierung begleichen.

Die Politik in die richtige Richtung treiben

Doch das ist leider nicht die Richtung, in die die politischen Entscheidungsträger*innen gehen. Erst vor wenigen Wochen stellte John Kerry, der

US-Sonderbeauftragte für den Klimawandel, klar, dass die USA „unter keinen Umständen“ Klimareparationen zahlen würden. Stattdessen setzt die Politik des Globalen Nordens sowohl für die Schulden als auch für die Klimakrise auf *business-as-usual*-Lösungen: weitere Kredite und die gleichen alten, gescheiterten Entschuldungsverfahren.

Das aber macht alles nur noch schlimmer: Die Gewährung weiterer Kredite wird voraussichtlich beide Krisen verschärfen und die Länder des Globalen Südens sitzen in der Falle und müssen die Kosten der Klimakrise zahlen.

Deshalb müssen wir als Aktivist*innen für faire Entschuldung weiterhin einen Schuldenerlass und mehr Klimafinanzierung auf Zuschussbasis fordern. Die gute Nachricht ist: Die Entschuldungsbewegung ist nicht allein. Klimagerechtigkeitsgruppen wie das *Climate Action Network* schließen sich uns an, um die Forderungen nach einem Ende der Schulden-Klima-Falle an die G20, den IWF und die Weltbank heranzutragen. Gemeinsam werden wir die Entscheidungsträger*innen nicht mit falschen Lösungen und gescheiterten Prozessen davonkommen lassen. Es steht zu viel auf dem Spiel.

» 71 Prozent aller offiziellen Klimafinanzierungen kommen als Kredit. «



Tess Woolfenden ist Senior Policy and Research Officer beim britischen Entschuldungsnetzwerk Debt Justice. Sie befasst sich mit den Zusammenhängen zwischen Schuldenkrise und Klimakrise und untersucht, wie Kolonialismus und Neokolonialismus zur aktuellen Schuldenkrise im Globalen Süden beigetragen haben.

Schuldenkrisen fairer und effizienter lösen – per Gesetz

Warum auch Deutschland ein solches Gesetz braucht

Im Koalitionsvertrag haben sich die drei regierenden Parteien darauf verständigt, sich für die Schaffung eines Staateninsolvenzverfahrens einzusetzen – mit der wichtigen Ergänzung, dass ein solches Verfahren alle Gläubiger einbeziehen müsse, also auch private Gläubiger wie Banken und Fonds. Um zu prüfen, mit welchen Maßnahmen Deutschland diese Beteiligung des Privatsektors an Schuldenerlassen sicherstellen kann, hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) Anfang des Jahres eine Studie in Auftrag gegeben. Parallel beschäftigen sich auch Abgeordnete im Parlament mit der gleichen Frage: Hier wird über den Erlass eines entsprechenden Gesetzes beraten. erlassjahr.de ist aktiv an diesen Prozessen beteiligt.

Die Klagepraxis privater Gläubiger stellt ein ernstzunehmendes Problem für die faire und effiziente Lösung von Schuldenkrisen dar: Über die letzten dreißig Jahre haben private Gläubiger zunehmend versucht, sich über den Rechtsweg eine bevorteilte Behandlung zu sichern und damit der Beteiligung an Schuldenerlassen zu entgehen. Aktuell wird zum Beispiel Sri Lanka von der Investmentbank *Hamilton Reserve Bank Ltd.* verklagt. Ein großes Problem dabei ist, dass vor Gericht die Rechte der Gläubiger meist über die völkerrechtlich bindenden, aber nur schwer greifbaren sozialen Grundrechten der Bevölkerung des Schuldnerlandes gestellt werden. Zudem führt die Klagepraxis zur Ungleichbehandlung verschiedener Gläubiger. Dadurch wird auch die Bereitschaft der übrigen Gläubiger geschmälert, ihrerseits Erlasse zu gewähren – müssen sie doch befürchten, dass ihre Zugeständnisse letztendlich in den Taschen der Kläger landen. Häufig ist die Sorge vor möglichen Klagen auch ein Grund dafür, dass Schuldnerstaaten unzureichenden Erlassen zustimmen oder Verhandlungen über ihre Schulden gänzlich vermeiden. Die Kosten der Schuldenkrise müssen dann allein von der Bevölkerung des Schuldnerlandes getragen werden.

Neue Dynamik für nationale Gesetze

erlassjahr.de und Entschuldungsinitiativen weltweit fordern daher schon

lange den Erlass nationaler Gesetze, um die Klagepraxis privater Gläubiger einzuhegen. Das Ziel ist dabei, dass private Gläubiger ihre Forderungen nur in dem Umfang einklagen können, der in internationalen Umschuldungsprozessen vereinbart wurde. Im Zuge der sich zuspitzenden globalen Schuldenkrise seit 2020 hat

die Diskussion über das Potenzial solcher Gesetze neuen Aufschwung erhalten: Im New Yorker Parlament werden aktuell gleich drei solcher Gesetzesvorschläge diskutiert. Auch in Belgien, wo es bereits entsprechende Regelungen gibt, wird über die Verabschiedung noch umfassenderer Gesetze beraten.



+++ Sri Lanka +++

Angesichts einer grassierenden humanitären und wirtschaftlichen Krise musste Sri Lanka im April 2022 die Schuldentrückzahlung an seine Gläubiger einstellen. Die Investmentbank *Hamilton Reserve Bank Ltd.* verklagte den südasiatischen Inselstaat daraufhin auf vorzeitige und vollständige Auszahlung seiner Forderungen in Höhe von 258 Millionen US-Dollar. Diese Forderungen hatte die Privatbank mit Sitz auf der karibischen Inselgruppe St. Kitts und Nevis zu einem deutlich niedrigeren Preis auf dem Sekundärmarkt gekauft, als Sri Lanka sich bereits mitten in der Krise befand. Investmentfonds wie *Hamilton* werden daher gemeinhin als „Geierfonds“ bezeichnet. Sri Lanka beabsichtigt, noch im September dieses Jahres eine Umschuldung mit seinen öffentlichen Gläubigern zu vereinbaren. Anschließend muss Sri Lanka dann mit seinen privaten Gläubigern verhandeln. Das aber wird durch die Klage von *Hamilton* ernsthaft erschwert, denn solange die übrigen privaten Gläubiger Sri Lankas nicht sicher sein können, wie der Prozess in New York ausgeht, würden ihre eigenen Zugeständnisse letztlich nur die Auszahlung von *Hamilton* ermöglichen.

Im Oktober wird Ahilan Kadirgamar, Dozent an der Universität Jaffna, Sri Lanka, auf Einladung von erlassjahr.de für Vorträge und Gespräche nach Deutschland kommen. Die genauen Termine werden wir unter erlassjahr.de/termine bekannt geben.

Auch in Deutschland vielversprechend

Wenngleich der Großteil der Anleiheverträge von Ländern im Globalen Süden unter britischem oder New Yorker Recht geschlossen ist, wäre ein Gesetz auch in Deutschland hilfreich. Ein solches Gesetz kann die Vollstreckungsmöglichkeiten klagender Gläubiger unabhängig davon einschränken, unter welchem Recht die Forderungen begeben wurden. Deutschland würde dadurch für Schuldnerstaaten zu einem sogenannten „Sicheren Hafen“ werden: Länder wie Sri Lanka müssten dann keine Angst mehr haben, dass unkooperative Gläubiger wie die *Hamilton Reserve Bank* Vermögenswerte des Landes pfänden können, die sich in Deutschland befinden oder über Deutschland transferiert werden sollen.

Engagement von erlassjahr.de

Im Rahmen der Advocacy-Arbeit bringt sich erlassjahr.de aktiv in die Debatte um ein deutsches Gesetz gegen klagende Privatgläubiger ein. Ende Januar 2023 hat erlassjahr.de gemeinsam mit Brot für die Welt ein gut besuchtes parlamentarisches Frühstück im Bundestag organisiert, bei dem es um den Nutzen eines solchen Gesetzes in Deutschland ging. erlassjahr.de steht zudem im regen Austausch mit Mitarbeiter*innen des BMZ, der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit, des Bundesfinanzministeriums und mit Parlamentarier*innen aus dem Entwicklungs- und Finanzausschuss. Auch international besteht eine intensive Vernetzung mit Partnerorganisationen aus Belgien, Großbritannien und den USA.

Noch hat die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode genug Zeit, um ein entsprechendes Gesetz auf den Weg zu bringen. Es wäre ein zielführender Schritt hin zu einem faireren Umgang mit verschuldeten Staaten, mit dem die Bundesregierung die Worte des Koalitionsvertrag in konkretes Handeln überführen könnte.

HÖRTIPP:

Podcast: **Schulden und...**



... DIE GEIER

Die Klage der *Hamilton Reserve Bank* gegen Sri Lanka ist kein Einzelfall: Klagen einzelner Gläubiger gegen Staaten in Schuldenkrisen haben in den letzten 30 Jahren kontinuierlich zugenommen. Oft bekommen die klagenden Gläubiger Recht und können hohe Profite eintreiben.

Durch die Klagen werden koordinierte Verfahren zur Bewältigung von Schuldenkrisen extrem erschwert. In dieser Folge erklärt unsere politische Referentin Malina Stutz im Gespräch mit Mara Liebal, wie Gesetze in einzelnen Ländern verhindern können, dass einzelne Gläubiger verschuldete Länder verklagen.

... DIE KRISE IN SRI LANKA

Auch in der neuesten Folge geht es um Sri Lanka. Klaus Schilder von Misereor und Kristina Rehbein von erlassjahr.de erläutern vor dem Hintergrund des SDG-Halbzeitgipfels, wie unmittelbar die Menschen im Land durch die Folgen der Schuldenkrise betroffen sind.

Zu hören überall, wo es Podcasts gibt, und auf unserer Website: erlassjahr.de/produkt-kategorie/podcast

LESETIPP:

Fachinformation 71: **Das Potenzial nationaler Gesetze für die faire Lösung globaler Schuldenkrisen**



In **FACHINFORMATION 71** nimmt Politikreferentin Malina Stutz die bereits existierenden Gesetze in anderen Ländern und die unterschiedlichen Gesetzesvorschläge genau unter die Lupe und arbeitet heraus, welche Elemente im Rahmen eines deutschen Gesetzes aufgenommen werden sollten. Die Publikation zeigt auf, wie ein solches Gesetz dazu beitragen kann, den Umgang mit Schuldenkrisen nicht nur effizienter, sondern im Interesse der Bevölkerung des Schuldnerlandes auch fairer zu gestalten.

Zum kostenlosen Download unter: erlassjahr.de/produkt-kategorie/fachinformationen
Die Fachinformation ist auch auf Englisch erschienen.



Teilnehmer*innen des Netzwerktreffens von Eurodad im Juni 2023. | © Eurodad

Public finance first! Netzwerktreffen in Brüssel

Das europäische Entschuldungsnetzwerk Eurodad lädt alljährlich zum Netzwerken nach Brüssel ein. Für erlassjahr.de nahmen Kristina Rehbein und Malina Stutz teil. Die zentrale Botschaft des Treffens: Entwicklung muss primär durch öffentliche Mittel finanziert werden, nicht durch private Kredite!

Rund fünfzig Aktivist*innen und Mitarbeiter*innen von Entwicklungs- und Entschuldungsorganisationen waren vom 13.-14. Juni 2023 in Brüssel zusammengelassen, um sich über Strategiefragen auszutauschen und gemeinsam Aktionen für das nächste Jahr zu planen. Neben europäischen Mitgliedern von Eurodad waren Partnerorganisationen von allen Kontinenten vertreten.

Der Fokus lag dieses Jahr darauf, wie wir als Bewegung darauf reagieren können, dass Länder des Globalen Südens zunehmend unter Druck gesetzt werden, Finanzierungslücken für die Erreichung der Nachhaltigen Entwicklungsziele sowie der Klimaziele durch die Mobilisierung privater Mittel zu füllen. Denn die Folgen dieser „Private-first“-Strategie sind wachsende Verschuldung, eine höhere Anfälligkeit für Finanzkrisen und die Privatisierung öffentlicher Güter, die immer mehr Menschen ausschließt.

Für uns als Entschuldungsbewegung war beim Treffen in Brüssel klar, dass wir dies nicht unwidersprochen hinnehmen können. Ebenso wenig akzeptieren wir die Ausreden von Ländern des Globalen Nordens, dass öffentliche Mittel nicht in ausreichendem Umfang zur Verfügung stünden. Denn wir sehen, dass Gelder dort mobilisiert werden können, wo der politische Wille da ist – sei es für Militärausgaben oder zum Schutz der heimischen Wirtschaft in Krisenzeiten. So lautete dann auch die gemeinsame Forderung des Treffens: Die Länder des Globalen Nordens müssen ihren Finanzierungszusagen für die Klima- und Entwicklungszusammenarbeit endlich nachkommen!

Die Inputs vom Netzwerktreffen findet ihr übrigens auch im Youtube-Kanal von Eurodad. Zu Wort kommt dort unter anderen die großartige indische Ökonomin Jahati Ghosh.



+++ Tschad +++

Der Tschad ist das erste Land, dessen Verhandlungen über Schuldenrestrukturierungen unter dem *Common Framework* der G20 zu einem Ende gekommen sind. Das Resultat nach fast zweijährigen Verhandlungen: keine Schuldenerleichterungen. Wie konnte es dazu kommen? Die sinkenden Rohstoffpreise während der Covid-19-Pandemie trafen die vom Öl abhängige Wirtschaft des Landes hart. Die Regierung beantragte daher 2021 Schuldenerleichterungen unter dem *Common Framework*. Mit Beginn des Krieges in der Ukraine stiegen die Rohstoffpreise jedoch wieder an. Die Gläubiger verwiesen in den Verhandlungen auf die steigende Wirtschaftskraft und die höheren Einnahmen des Staates und nutzten diese als Begründung, Schuldenerleichterungen abzulehnen. Diese Ablehnung wird dazu führen, dass die durch den volatilen Ölpreisanstieg erzielten Gewinne direkt in die Taschen der privaten und öffentlichen Gläubiger fließen.

Sri Lankas Schulden sind unser aller Bier!

Master-Studierende gestalten Bierdeckel

Bierdeckel liegen den ganzen Abend in der Kneipe direkt vor unserer Nase. Statt Werbung für Bier könnte dort doch auch was Spannenderes stehen, fanden Hannah Vogel, Lorenz Kramer und Clara Sommer. Im Rahmen eines Seminars kamen die drei Studierenden auf die Idee, Bierdeckel als politische Plattform zu nutzen und damit auf die Schuldenkrise in Sri Lanka aufmerksam zu machen. Auf Instagram sind wir auf das tolle Projekt aufmerksam geworden. Hannah Vogel beantwortet unsere Fragen zum Projekt.

» Hallo Hannah! Im Rahmen deines Master-Studiengangs hast du mit zwei Kommiliton*innen Bierdeckel zur Verschuldung in Sri Lanka gestaltet. Wie genau lautete die Aufgabenstellung dafür?

Hannah Vogel: Im Seminar „Paradigmenwechsel“ ging es darum, ein Produkt zu erstellen, das ein Umdenken zu einem selbst gewählten Thema bei Menschen anstoßen kann. Manche haben Kinderbücher geschrieben, andere Comics gestaltet. In unserer Dreiergruppe ist nach vielen Brainstorming-Runden die Idee entstanden, mit Bierdeckeln auf die Verschuldung Sri Lankas aufmerksam zu machen.

» Welche Idee hattet ihr zuerst: die Bierdeckel oder das Thema?

Tatsächlich hatten wir zuerst die Idee, Bierdeckel als politische Plattform zu

nutzen. Wir finden, sie sind dafür gut geeignet: Da sie manchmal mehrere Stunden vor uns liegen, werden sie früher oder später wahrgenommen und können Gespräche mit Freund*innen anstoßen. Auf den klassischen Bierdeckeln stehen sonst nur die Biermarken drauf, aber Bierdeckel können mehr!

Wir finden zusätzlich spannend, dass in Bars ganz verschiedene Menschen zusammenkommen. Manche haben sich vielleicht schon mit Finanzthemen und globalen Verschuldungsprozessen auseinandergesetzt. Dass wir als westliche Staaten Schulden erlassen und damit einen Teil unseres Geldes und unserer Macht abgeben, das ist für viele aber auch ein wunder Punkt. Mit Sprüchen wie „Sri Lankas Schulden sind unser aller Bier“, die erst mal plump wirken, aber Interesse nach mehr Informationen wecken können, wollen wir dagegenhalten

und neue Perspektiven auf das Thema öffnen. Außerdem hoffen wir, auf diese niedrigschwellige Weise, auch Menschen in Kneipen zu erreichen, die sonst nicht über dieses Thema nachdenken würden.

» Wie seid ihr denn überhaupt auf das Thema Staatsverschuldung gekommen?

Beim ersten Zusammenkommen haben wir unsere aktuellen Herzens-themen in die Runde geworfen und diskutiert, welche für die Bierdeckel geeignet sein können. Am Ende haben wir uns entschieden, dass wir uns näher mit Verschuldung von MAPA-Ländern befassen wollen. MAPA steht für „most affected people and areas“. Der Schuldenerlass für Deutschland jährt sich in diesem Jahr zum 70. Mal und *Debt for Climate* ist dazu sehr aktiv. Wir hatten dadurch Lust, uns auch inhaltlich umfassen-



Hannah Vogel, Lorenz Kramer und Clara Sommer studieren den Master „Ökonomie, Nachhaltigkeit und Gesellschaftsgestaltung“ an der Hochschule für Gesellschaftsgestaltung in Koblenz. Im Rahmen eines Seminars haben die drei mehrere Bierdeckel gestaltet, mit denen sie Kneipengänger*innen auf die Schuldenkrise in Sri Lanka aufmerksam machen wollen.

der damit zu beschäftigen, auch weil wir uns bisher noch wenig mit dem Thema auseinandergesetzt hatten. Unserem Eindruck nach ist dieses Thema auch in unserer politisch interessierten Blase bisher noch zu kurz gekommen.

» Und warum Sri Lanka?

Uns war klar, dass wir das Thema eingrenzen mussten. Jede*r von uns hat sich dann einen Länderfall ausgesucht und den anderen vorgestellt. Lorenz hatte Sri Lanka gewählt und wir anderen stimmten direkt zu, dass das ein sehr eindrückliches Beispiel ist: Als Insel ist das Land besonders durch den Klimawandel gefährdet, es hat sehr hohe Schulden und deshalb nur begrenzte Möglichkeiten sich auf die Klimafolgen einzustellen. Zudem war es eines der Gläubigerländer, die beim Schuldenerlass für Deutschland damals auf die Schuldentrückzahlung verzichtet haben – und jetzt aber mit seinen Schulden allein gelassen wird. Es ist also ein besonders perfides Beispiel für die herrschenden Machtverhältnisse.

» Seid ihr zufrieden mit dem Projekt? Würdet ihr etwas anders machen?

Wir wollten uns nicht anmaßen, für Menschen in Sri Lanka zu sprechen. Gleichzeitig ist unsere Zielgruppe ja in Deutschland. Diesen Spagat hätten wir in vorbereiteten Gesprächen mit Menschen aus Sri Lanka sicher besser meistern können. Das gab aber zum einen der Zeitrahmen des Projektes nicht her und zum anderen wussten wir ja nicht, ob die Bierdeckel je gedruckt werden und wollten deshalb niemandes Zeit dafür in Anspruch nehmen. Hier besteht also noch ein blinder Fleck.

Wir selbst sind im Allgemeinen mit dem Ergebnis zufrieden, auch wenn man selbst natürlich immer am besten weiß, wo noch Verbesserungspotential bestanden hätte. Auch von unseren Verwandten, Freund*innen und Studi-Kolleg*innen und jetzt auch von euch haben wir gutes Feedback bekommen. Das haben wir uns natürlich gar nicht erträumt, dass das

Jetzt bestellen!

Die Bierdeckel könnt ihr ab sofort über unsere Webseite bestellen: erlassjahr.de/bierdeckel

dann so gut ankommt bei Menschen, die sich schon lange mit dem Thema auseinandersetzen. Also Danke!

» Wie geht es jetzt weiter, was habt ihr mit den Bierdeckeln vor?

Wir wollen die Bierdeckel hier in Koblenz, wo unsere Hochschule ist, zusammen mit Studierenden vor Ort in Bars verteilen. Wir erhoffen uns, dass dadurch auch Menschen außerhalb unserer linken Bubble mit dem Thema in Berührung kommen, um somit ein breiteres Spektrum der Koblenzer Gesellschaft anzusprechen. Über den Link und QR-Code auf den Bierdeckeln können Interessierte durch den von uns geschriebenen kurzen Infotext mehr erfahren. Aber auch wenn nicht, die Bierdeckel können vielleicht trotzdem einen Mini-Bewusstseinsmoment schaffen: Kommt man dann mit dem Thema wieder in Berührung, geht der Einstieg schneller. Sticker,

Flyer oder Bierdeckel sind erstmal ein simpler Weg, um auf politische Themen aufmerksam zu machen. Eindrückliche Slogans oder Grafiken können aber langfristig eine große Wirkung haben. Dies gilt unserer Meinung nach besonders an Orten, an welchen die Sättigung mit politischen Botschaften noch nicht so groß ist und dazu zählen Kneipen häufig. Ob sich unsere theoretischen Überlegungen bewahrheiten, können wir dann bald in der Praxis beobachten. Wir sind gespannt!



LESETIPP:

Trotz einer leichten weltwirtschaftlichen Erholung im Jahr 2021 bleibt die Verschuldungssituation im Großteil der Länder des Globalen Südens weiter angespannt. 136 von 152 untersuchten Staaten im Globalen Süden sind kritisch verschuldet, davon 40 Länder sehr kritisch. Prognosen zeigen, dass sich die Situation durch den Krieg in der Ukraine und die globale Zinswende weiter verschlechtern wird.

Der **SCHULDENREPORT 2023** von erlassjahr.de und Misereor analysiert die Verschuldungssituation weltweit und gibt politische Empfehlungen, wie sowohl kurz- als auch langfristig auf die Schuldenkrise reagiert werden sollte.

Zum Bestellen und als kostenloser Download hier: erlassjahr.de/produkt-kategorie/schuldenreport





Unsere Perspektive bestimmt, wie wir die Welt sehen. |
 „Bildung trifft Entwicklung / Engagement Global gGmbH © MAPS IN MINUTESTM 2020“

erlassjahr.de startet rassistuskritischen Organisationsentwicklungsprozess

Wie viele entwicklungspolitische Organisationen stehen auch wir permanent vor der Frage, wie Phänomene wie etwa Armut oder Machtasymmetrien bildlich dargestellt werden können, ohne in karitative Stereotype oder klischeehafte Darstellungen zu verfallen. Auch häufig genutzte Begriffe wie „Armut“, „arme Staaten“ und „Entwicklungs- und Schwellenländer“, kolonial geprägte geografische Bezeichnungen wie „Lateinamerika“ oder „Naher Osten“, die Einordnung von Ländern und ganzen Kontinenten als „Globaler Süden“ oder die Nutzung der eurozentrierten Weltkarte müssen thematisiert und hinterfragt werden. Unser eigener inhaltlicher Anspruch, Machtungleichgewichte in den Finanzbeziehungen zwischen Gläubigerstaaten im Globalen Norden und Schuldnerstaaten im Globalen Süden sichtbar zu machen und zu überwinden, soll sich auch in den von uns für die Öffentlichkeits-

oder Bildungsarbeit produzierten Materialien bzw. in der dort genutzten Bild- und Textsprache widerspiegeln.

Vor diesem Hintergrund entstand die Überlegung, diese Materialien unter einer rassistuskritischen Perspektive zu prüfen bzw. durch externe Expert*innen überprüfen zu lassen. In der weiteren Diskussion im Team stellten sich jedoch rasch grundsätzlichere Fragen, die über eine reine „Überprüfung“ von Materialien hinaus gingen und unsere Arbeit noch einmal umfassender hinterfragten. Dabei ging es vor allem um inhaltliche Leerstellen wie die nicht ausreichende Thematisierung der kolonialen Ursprünge von Staatsschulden, aber auch um strukturelle Fragen wie Diversität im Bündnis und diskriminierungssensible Veranstaltungsplanung.

Es wurde klar: Um Antworten auf diese unterschiedlichen, teils organi-

sationsstrukturellen, teils inhaltlichen, jedoch immer miteinander verknüpften Fragen zu finden, würde es nicht nur punktuelle Beratung brauchen, sondern einen umfassenderen rassistuskritischen Organisationsentwicklungsprozess. Diesen haben wir im September begonnen.

Bei dem zunächst einjährigen Prozess werden wir begleitet von glocal e. V., einem Verein für machtkritische Bildungsarbeit und Beratung. Maßgeblich gefördert wird der Prozess von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen sowie durch die „AG dritte Welt – Hier!“ der Stiftung Umverteilen, denen wir an dieser Stelle herzlich danken möchten.

Wir sind sehr gespannt auf das, was wir lernen werden, und werden unsere Mitträger über die Ergebnisse auf dem Laufenden halten.



+++ Ecuador +++

Ende Mai erregte der Ankauf ecuadorianischer Staatsanleihen im Umfang von 1,63 Milliarden US-Dollar durch die Großbank *Credit Suisse* mediale Aufmerksamkeit. Die Staatsanleihen waren auf dem Sekundärmarkt, wo bereits im Umlauf befindliche Wertpapiere gehandelt werden, deutlich unter Nennwert verkauft worden. Die *Credit Suisse* verkaufte diese Anleihen als sogenannte „Blue Bonds“ – ozeanfreundliche Kapitalanlagen – an naturschutzinteressierte Anleger weiter, denn die Regierung Ecuadors verpflichtete sich, jährlich 18 Millionen US-Dollar für den Schutz des Galapagos-Archipels bereitzustellen. In den Medien wurde dies als nachhaltiger *Debt for Nature-Swap* präsentiert. Mit diesem Begriff wird die Umwandlung von Schulden in Investitionen in den Naturschutz bezeichnet. Doch von einem „echten“ Swap kann hier nicht die Rede sein, denn ein solcher beinhaltet immer einen (Teil-)Erlas der Schulden von Seiten der Gläubiger. Im vorliegenden Fall verzichtet die *Credit Suisse* jedoch auf gar nichts. Lediglich die wenigen Einsparungen infolge des gefallenen Sekundärmarktwerts bieten Ecuador einen kleinen Spielraum für Investitionen in den Naturschutz. Ernsthafte Umweltschutz-Ambitionen dürfte die *Credit Suisse* also nicht gehabt haben.

Tröt, tröt!

Um unabhängiger von Twitter beziehungsweise X, wie die Plattform nun heißt, zu werden, haben wir kürzlich einen Account im Netzwerk Mastodon angelegt. Unter **@ERLASSJAHR@CLIMATEJUSTICE.SOCIAL** könnt ihr euch mit uns vernetzen und unsere Tröts – so heißen die Beiträge dort – lesen.

Folgt uns gerne auch bei Instagram, Facebook und Youtube oder auch bei Twitter beziehungsweise X. Wir freuen uns, dort mit euch in Kontakt zu treten.



LESETIPP:

Termine

erlassjahr.de-Jahrestagung 2023: „Schulden streichen, Klima retten – Gemeinsame Strategien für eine gerechtere Welt“

3.-4.11.2023

Jugendherberge Dortmund

Alle Termine findet ihr auf erlassjahr.de/termine.

Ihr möchtet selbst eine Veranstaltung organisieren? Wir kommen gern zu euch und erklären die Wege in und aus Schuldenkrisen, diskutieren mit euch und berichten von unseren aktuellen Kampagnen. Meldet euch per E-Mail an buero@erlassjahr.de.

Fachinformation 72: „Schuldenkrise noch nicht schlimm genug“ – Zum aktuellen Diskurs der Gläubiger

Ist es Zeit für neue Entschuldungsinitiativen?

Nein, sagt eine neue Studie von aktuellen und ehemaligen Mitarbeiter*innen des IWF. Die Verschuldung von Ländern im Globalen Süden liege noch weit unter dem Niveau am Vorabend der Entschuldungsinitiative für hoch verschuldete Länder Mitte der 1990er Jahre.

Ja, sagen Kristina Rehbein und Jürgen Kaiser, Autor*innen der **FACHINFORMATION 72**. Die IWF-Studie lege einen zu engen Fokus auf Niedrigeinkommensländer. Auch betrachte sie einen falschen Zeitpunkt: Es mache keinen Sinn, die heutigen Verschuldungssituation mit der von 1994 zu vergleichen. Zu diesem Punkt sei die Krise bereits über Jahre hinweg verschleppt worden. Durch die Analyse alternativer Vergleiche kommen Kaiser und Rehbein zu dem Ergebnis: Die Aussage, die nächste Schuldenkrise sei noch weit entfernt, ist falsch.

Kostenloser Download unter:

erlassjahr.de/produkt-kategorie/fachinformationen

Die Fachinformation ist auch auf Englisch erschienen.



Wir begrüßen im Bündnis: Martin-Luther-Kirche Erlangen

In diesem Jahr ist die Martin-Luther-Kirche Erlangen als neuer Mitträger unserem Bündnis beigetreten. Im Interview erzählen Engagierte aus der Gemeinde, wie es dazu kam und wie sie sich engagieren.

Wenn auch eure Kirchengemeinde, Gruppe oder Organisation Mitträger im [erlassjahr.de-Bündnis](https://erlassjahr.de/Bündnis) werden möchte, findet ihr hier alle Informationen: erlassjahr.de/mitmachen/mittraeger-werden

» **Wie ist es dazu gekommen, dass eure Kirchengemeinde Mitträger bei erlassjahr.de geworden ist?**

Peter Löhndorf: Im Oktober 2019 fand in der Martin-Luther-Kirche eine von Thomas Reichert (*Mitglied im erlassjahr.de-Bündnisrat, Anm. d. Red.*) organisierte Veranstaltung unter dem Motto „Gutes Geld für die Welt“ statt. Daran beteiligten sich neun Gruppierungen, allen voran erlassjahr.de und *Oikocredit*. Es gab eine rege Diskussion der etwa 70 Teilnehmenden. Danach entstand im Kirchenvorstand der Martin-Luther-Kirchengemeinde der Wunsch nach mehr Information über erlassjahr.de und eine Einladung an Thomas Reichert, darüber zu informieren. Wir entschieden uns dann, dem Bündnis beizutreten. Durch die Corona-Krise verzögerte sich der endgültige Beschluss des Beitritts, der dann schließlich im Januar 2023 erfolgte.

» **Wie habt ihr bisher auf die Anliegen von erlassjahr.de aufmerksam gemacht?**

Joachim Fuhrmannek: An zwei Gottesdiensten standen das Thema und die Anliegen von erlassjahr.de im Mittelpunkt. Beim anschließenden Kirchenkaffee konnten wir noch einmal in den Dialog mit den Gottesdienstbesucher*innen treten. Über unsere Beteiligung am erlassjahr.de-Stand mit dem Schuldenberg auf dem Nürnberger Kirchentag wurde ausführlich im Gemeindebrief berichtet, das ist auf positive Resonanz gestoßen. Beim diesjährigen Gemeindefest kurz vor den Sommerferien hatte erlassjahr.de einen eigenen Stand mit vielen Informationen zur Problematik der Staatsverschuldung im Globalen

Süden. Außerdem wird in dem Gemeindebrief und im Web-Auftritt der Martin-Luther-Kirche regelmäßig über erlassjahr.de informiert.

» **Auf welche Resonanz stößt das Thema bei euch in der Gemeinde?**

Thankamma Fuhrmannek: Das Thema und die Aktivitäten von erlassjahr.de müssen erst erläutert werden. Dann stößt es auf großes Interesse. Der aktive Dialog ist am effektivsten. Dadurch können wir auf Fragen direkt eingehen und Missverständnisse klären. Hilfreich ist auch die aktuelle Kampagne „Mit Schulden fair verfahren!“. Die Forderungen an die Bundesregierung zum Voranbringen eines fairen Staateninsolvenzverfahrens versteht jede*r und die Beteiligung an der Postkartenaktion ist für alle nachvollziehbar. Natürlich stoßen wir auch auf Vorbehalte, die in Zusammenhang mit Korruption und den aktuellen Krisensituationen in Afrika und Lateinamerika oder dem Krieg in der Ukraine stehen. Da die Lösung dieser Probleme nicht das Anliegen von erlassjahr.de ist, ist eine strikte

Fokussierung auf die Forderungen und Lösungsansätze von erlassjahr.de hilfreich, ebenso wie der Hinweis auf vertiefende Information auf der Website.

» **Was habt ihr noch vor?**

Peter Löhndorf: Der Kirchenvorstand hat einen erlassjahr.de-Beauftragten ernannt, der die Kommunikation zu dem Thema innerhalb der Kirchengemeinde gestaltet und Verbindungsperson für die Geschäftsstelle und die Gremien von erlassjahr.de ist. So können Impulse aus der Geschäftsstelle in Düsseldorf direkt in der Gemeinde umgesetzt werden. Ende September planen wir eine Veranstaltung in Kooperation mit der VHS Erlangen zu Lösungsansätzen, wie die Überschuldung der Staaten im Globalen Süden bekämpft werden kann. Die Beteiligung an einem Gottesdienst, der sich mit Armutsbekämpfung und Migration auseinandersetzt, ist in Planung. Und natürlich wird die Kirchengemeinde Anfang November an der erlassjahr.de-Jahrestagung in Dortmund teilnehmen.



Joachim Fuhrmannek, Thankamma Fuhrmannek und Peter Löhndorf sind Mitglieder der Martin-Luther-Kirche Erlangen. Beim Kirchentag in Nürnberg haben die drei tatkräftig am Schuldenberg am Stand von erlassjahr.de unterstützt.

Die erlassjahr.de-Geschäftsstelle



KRISTINA REHBEIN
Politische Koordinatorin
0211 / 46 93 -218
k.rehbein@erlassjahr.de



MALINA STUTZ
Politische Referentin
0211 / 46 93 -217
m.stutz@erlassjahr.de



ELISE KOPPER
Öffentlichkeitsreferentin
0211 / 46 93 -211
e.kopper@erlassjahr.de



MARA LIEBAL
Öffentlichkeitsreferentin
0211 / 46 93 -211
m.liebal@erlassjahr.de



CELIA SUDHOFF
Verwaltung
0211 / 46 93 -196
c.sudhoff@erlassjahr.de

Praktikant*innen

Insbesondere für Studierende bieten wir Praktika in unserer Düsseldorfer Geschäftsstelle an. Falls ihr Interesse habt, sprecht uns gerne an!

Unser Team in Düsseldorf Niemals geht man so ganz ...

Jetzt den **erlassjahr.de-Newsletter** abonnieren!

Mit dem elektronischen Newsletter von erlassjahr.de seid ihr immer auf dem Laufenden! Einmal pro Monat informieren wir über die aktuellen Entwicklungen in der internationalen Welt der Schulden, präsentieren neue Publikationen und kündigen aktuelle Termine und Aktionen an. Einfach per E-Mail an buero@erlassjahr.de oder per Klick auf www.erlassjahr.de für den Newsletter anmelden.

... dachten wir zumindest! Doch nun ist es doch passiert: **Jürgen Kaiser**, Mitgründer und jahrzehntelang Gesicht unseres Bündnisses, hatte Ende April seinen letzten offiziellen Arbeitstag bei erlassjahr.de. Nach seinem offiziellen Eintritt in den Ruhestand im Februar 2021 war er uns als Berater erhalten geblieben und kam weiterhin zwei Tage pro Woche in die Düsseldorfer Geschäftsstelle. Nun hat auch dieser Abschnitt ein Ende.

So ganz ohne Arbeitsauftrag konnten wir Jürgen aber nicht ziehen lassen! Und so arbeitete Jürgen gemeinsam mit uns an seinem letzten Tag in der

Geschäftsstelle in Düsseldorf einen langen Fragebogen zu Gegenwart und Zukunft unseres Bündnisses durch. Viel Nachdenkliches und Bedenkenswertes, viel Motivierendes und Lustiges war dabei. Am Schluss wurde es fast ein bisschen sentimental. Er habe „den besten Job der Welt“ gehabt – was für ein Glück, einen solchen Satz am Ende des Berufslebens sagen zu können! Im Anschluss begaben wir uns mit dem gesamten Team ganz im Sinne von Jürgens liebstem Hobby auf Fahrradtour zu einem Café in Ratingen, wo wir mit Fotos aus 20 Jahren erlassjahr.de einen nostalgischen Ausflug in die Vergangenheit unternahmen.



Gruppenfoto bei der Bündnisratssitzung im September 2023: Vertreter*innen aus dem Bündnisrat und das Team der Geschäftsstelle posieren vor dem Katholischen Jugendhaus Düsseldorf, dem Sitz der Geschäftsstelle von erlassjahr.de. | © erlassjahr.de

Lieber Jürgen, wir danken dir für mehr als zwei Jahrzehnte beispielloses Engagement für faire Entschuldung, deine große Kollegialität und das für dich stets selbstverständliche Teilen deines enormen Wissens. Wir sind froh und dankbar, Teil deines Teams gewesen zu sein. Wir wünschen dir alles Gute für den Unruhestand und Tausende Fahrradkilometer ohne Platten!

Dass erlassjahr.de ein gutes Umfeld zum Arbeiten ist, spiegelt sich auch in der Kontinuität unserer Team-Mitglieder wider: **Kristina Rehbein**, Politische Koordinatorin und Geschäftsführerin, ist seit mehr als zwölf Jahren dabei, **Mara Liebal**, Referentin für Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, feierte im August ihr zehnjähriges Dienstjubiläum. **Elise Kopper**, die zweite Hälfte des „ÖA-Teams“, und **Celia Sudhoff**, Assistentin der Ge-

schäftsführung, arbeiten seit gut drei Jahren für das Bündnis. Und unser jüngstes Team-Mitglied, unsere Politische Referentin **Malina Stutz**, ist zwar erst seit April 2021 offiziell eingestellt, aber eigentlich schon viel länger Teil des Teams: Seit ihrem Praktikum im Frühjahr 2019 hat erlassjahr.de sie nicht mehr losgelassen.

Überhaupt, unsere Praktikant*innen! Mit großer Freude stellen wir fest, dass immer mehr junge Menschen Interesse an einem Praktikum bei uns haben. In den letzten zwölf Monaten waren das **Martin Mohn**, **Rana Sboui**, **Simon Poell**, **Konstantin von Kleist-Retzow** und **Joana Neumann**. Wir sind dankbar und froh, dass ihr uns so tatkräftig unterstützt und unsere Arbeit auf vielfältige Art bereichert habt! Martin und Konstantin sind uns zudem als wissenschaftliche Mitarbeiter im Außendienst erhalten geblieben.

Bündnisrat und Lenkungskreis

Der ehrenamtliche **BÜNDNISRAT** (BR) besteht aus bis zu 18 Vertreter*innen von Mitträgerorganisationen sowie Einzelunterstützer*innen. Er wird einmal im Jahr durch die Mitträgerversammlung gewählt und erarbeitet gemeinsam mit dem hauptamtlichen Team die politische Strategie des Bündnisses. Aus seiner Mitte wählt der BR einen fünfköpfigen Lenkungskreis (LK), der die Funktion eines geschäftsführenden Vorstands wahrnimmt. Der LK ist insbesondere für Personal- und Finanzangelegenheiten verantwortlich.

Bei den Wahlen im Oktober 2022 in Göttingen wurden **Sr. Maria Uttenreuther** von den Dillinger Franziskanerinnen, Deutsche Provinz, **Eva Hanfstängl** von *Social Justice in Global Development* sowie unser ehemaliger Praktikant **Leonard Leuschner** als Einzelunterstützer in den Bündnisrat gewählt. Nicht mehr kandidiert haben **Reinhild Lüder-Scholvin** als Vertreterin für die Herrnhuter Missionshilfe, **Antje Lanzendorf** vom Evangelisch-Lutherischen Missionswerk Leipzig e. V. und **Nora Sausmikat** von *urgewald e. V.* Herzlichen Dank für euer großes und teils jahrelanges Engagement!

Die nächsten Wahlen stehen am 4. November bei der Jahrestagung in Dortmund an. Kandidaturen aus dem Kreise der Mitträger und Einzelunterstützer*innen sind herzlich willkommen! Wer Interesse daran hat, melde sich gerne vorab bei uns im Büro.

Schulden streichen, Klima retten

– gemeinsame Strategien für eine gerechtere Welt –

erlassjahr.de-Jahrestagung

3.-4. November 2023

Jugendherberge Dortmund



Freitag, 3. November 2023

- 15:00 Begrüßung durch den Vorstand
- 15:15 Kennenlernen
- 15:45 Die aktuelle Verschuldungssituation und politische Prozesse
- 16:15 Kaffeepause

Schwerpunkt Schulden und Klima

- 16:30 Einführung
 - 17:00 Podiumsgespräch
 - 18:30 Abendessen
 - 19:30 Diskussion im Plenum
-
- 20:30 Abendprogramm: Interaktives Impro-Theater mit der Gruppe "Verwischte Tinte" aus Dortmund

Samstag, 4. November 2023

- 7:30 Ökumenische Morgenandacht
- 8:00 Frühstück
- 9:00 Rückblick und Ausblick:
Was hat erlassjahr.de 2023 erreicht?
Was haben wir für 2024 geplant?
- 10:30 Arbeitsgruppen
- 12:30 Mittagessen
- 13:30 Vorstellung des erlassjahr.de-Haushalts
- 14:00 Wahl des neuen Bündnistrats
- 14:30 Feedback
- 15:00 Ende der Jahrestagung
- 17:00 Beginn der offenen Klausur für
amtierende und neu gewählte
Mitglieder des Bündnistrats und
Interessierte

ANMELDUNG:

erlassjahr.de/jahrestagung2023



erlassjahr.de

Entwicklung braucht Entschuldung

Carl-Mosterts-Platz 1 | 40477 Düsseldorf

Telefon: 0211 4693-196

E-Mail: buero@erlassjahr.de

www.erlassjahr.de

